

Wie der Staat auf dein Vermögen zugreifen kann

Vater Staat braucht immer mehr Geld. Vor allem in den aktuellen Krisenzeiten, in denen Bürger und Wirtschaft nach Entlastungen schreien. Allein 2021 betrug das Staatsdefizit nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) bei unfassbaren 143,4 Milliarden Euro (!!!) und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 57,0 Milliarden Euro. Die Ausgaben betrugen insgesamt Ausgaben 1.838,2 Milliarden Euro. Der Staat lebt zum großen Teil auf Pump, inzwischen lag er bis zum Jahresende 2021 nach Angaben der Bundesbank fast 2,5 Billionen Euro in der Kreide.

Kann das ewig so weitergehen? Kann Deutschland bankrottgehen? Ja, Staaten können tatsächlich pleitegehen. Allein im 20. Jahrhundert gab es mehr als 100 Staatsbankrotte, auch wenn sie meist anders verkauft wurden. Die Rede ist dann gerne von Währungsreformen, Währungsschnitten oder Umschuldungen. Selbst Deutschland war in der Folge der beiden Weltkriege zweimal zahlungsunfähig. Was kann der Staat aber machen, um nicht zahlungsunfähig zu werden?

Inflation

Früher kostete ein Brötchen 20 Pfennig, heute oft mehr als 40 Cent – also mehr als das Dreifache. Das Ganze nennt sich Inflation, gleichbedeutend mit einer Minderung der Kaufkraft des Geldes. Hört sich zunächst erst einmal sinnlos an. Dein sauer verdientes Geld wird im Laufe der Zeit immer weniger Wert, gleichzeitig werden die meisten Dinge immer teurer. Sie ist also schlecht für unsere individuelle Kaufkraft und untergräbt den Wert unseres Geldes.

Für verschuldete Staaten ist dagegen Inflation ein Segen. Denn durch hohe Inflation sinkt der Wert der Schulden immer weiter.

Außerdem nimmt der Staat aufgrund der Preissteigerungen auch mehr Steuern ein. Dass Inflation für den Staat vordergründig kein Übel ist, lässt sich zum Beispiel an der Schuldenquote belegen: Steigt das Bruttoinlandsprodukt wegen der höheren Preise, sinkt der Anteil der Schulden. Für „alte“ Schulden ist Inflation aus Sicht des Staates auf jeden Fall ein Vorteil. Anders sieht die Sachlage dagegen bei „neuen“ Schulden aus: Denn wenn Anleger Inflation fürchten, fordern sie zum Ausgleich höhere Zinsen – oder weigern sich gleich komplett, Staaten neue Kredite zu gewähren. Aus diesem Grund kann eine galoppierende Inflation einen Staatsbankrott begünstigen.

Enteignung

Regierungen sind in der Lage auf die Vermögen und Ersparnisse ihrer Bürger zuzugreifen. Dazu müssen sie lediglich die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Zypern erhob beispielsweise 2013 eine Zwangsabgabe auf Sparguthaben. Bei Bankeinlagen unter 100.000 Euro war eine Abgabe von 6,75 Prozent fällig, bei höheren Beträgen sogar 9,9 Prozent. Auch sonst sind Enteignungen im heutigen Europa an der Tagesordnung, zum Beispiel im Rahmen großer Infrastrukturprojekte. Wenn hier Häuser im Weg sind, werden die Eigentümer enteignet (aber auch entschädigt).

Sind aber Zwangsabgaben auch hierzulande auf Ersparnisse möglich? Durchaus! Das gab es sogar schon. 1952 verabschiedete die Bundesregierung das sogenannte Lastenausgleichsgesetz, das Bürger entschädigen sollte, deren Vermögen im zweiten Weltkrieg besonders gelitten hatten. Bezahlen mussten die, denen nach dem Krieg erhebliches Vermögen geblieben war.

Wie dein Erspartes retten?

Du hast aufgrund der Euro-Krise (oder anderen Krisen) Angst um dein Erspartes? Dann bleibt dir nicht viel mehr als übrig, dein Vermögen auf besonders viele, verschiedene Anlageklassen zu verteilen. Sprich: Aktien, Gold und Sachwerte wie

Immobilien, Uhren oder Kunst. Dadurch verringerst du das Risiko, in einem ähnlichen Fall wie dem Zyperns schadlos davon zu kommen. Unterm Strich bietet allerdings keine Anlageform hundertprozentige Sicherheit vor eventuellen Belastungen durch den Staat. Theoretisch könntest du dein Geld in gewissem Umfang auch in ein Nicht-Euro-Land transferieren, aber auch das ist aufgrund von Wechselkursen riskant.